

Sessionsbrief Herbst 2026

Sehr geehrte Damen und Herren des Nationalrats
Sehr geehrte Damen und Herren des Ständerats

Vielen Dank, dass Sie sich Zeit nehmen für unsere Anliegen. Wir freuen uns, dass wir Sie mit unserem regelmässig erscheinenden Sessionsbrief bedienen und über spezifische Positionen informieren dürfen. Wir sind dankbar, Anliegen von uns Fachärzt:innen für Psychiatrie und Psychotherapie direkt mit Ihnen diskutieren und reflektieren zu dürfen. Dafür pflegen wir zusätzlich auch den persönlichen Austausch mit Ihnen.

Am 15. September behandeln Sie im Ständerat – respektive im Nationalrat am 21. September – die parlamentarische Initiative 25.465 SGK-N «Befristete Verlängerung der Ausnahmen von der dreijährigen Tätigkeitspflicht gemäss Artikel 37 Absatz 1 KVG». Es ist sachgerecht, Ärztinnen und Ärzte mit folgenden Weiterbildungstiteln vom Nachweis der dreijährigen Tätigkeitspflicht zu befreien: Allgemeine Innere Medizin, Praktischer Arzt oder Praktische Ärztin, Kinder und Jugendmedizin, Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie. **Eine Ausweitung der Ausnahmeregelung auf den Weiterbildungstitel «Psychiatrie und Psychotherapie» ist allerdings nicht sachdienlich und würde insbesondere die psychiatrischen Institutionen zusätzlich unter Druck setzen.** Wir bitten Sie dringend, diesen Entscheid des Nationalrates zu korrigieren. Bitte lesen Sie unsere Argumente und weitere Informationen im vorliegenden Sessionsbrief.

Wir danken Ihnen für Ihr Engagement und freuen uns auf den nächsten persönlichen Austausch mit Ihnen.

Freundliche Grüsse



Dr. med. Fulvia Rota
Präsidentin SGPP



Nanda Samimi
Präsidentin SMHC

*Die **Schweizerische Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie SGPP** ist die Fachorganisation der Erwachsenenpsychiaterinnen und -psychiater, die in der freien Praxis, in Institutionen oder in der Lehre und Forschung in der Schweiz tätig sind. Sie umfasst rund 2'000 Mitglieder und verantwortet die Qualitätssicherung und die Weiter- und Fortbildung. In der SGPP sind auch alle kantonalen Psychiatrievereinigungen und fachspezifischen Gesellschaften organisiert.

Die **Swiss Mental Health Care SMHC** vertritt als gesamtschweizerische Vereinigung der Psychiatrischen Kliniken und Dienste die institutionelle Psychiatrie. Sie ist die primäre Ansprechpartnerin für klinikübergreifende Fragen der institutionellen Psychiatrie gegenüber allen Akteuren im Spitalwesen.

Parlamentarische Vorstösse und Bundesratsgeschäfte

24.4566 Po. Tschopp. Psychische Gesundheit. Eine Strategie zur Prävention, Erkennung und Orientierung von Menschen in einer psychischen Notlage

NR, 14. September / 21. September / 1. Oktober (parlamentarische Vorstösse in Kategorie IV)

Die psychische Gesundheit ist zentral: Menschen in allen Lebensphasen sind von psychischen Erkrankungen betroffen. Eine frühzeitige Erkennung und Intervention kann schwere Krankheitsverläufe vermindern, womit langfristige soziale und volkswirtschaftliche Folgen reduziert werden.

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, die Zweckmässigkeit vorhandener Massnahmen zu prüfen und eine Strategie zur Prävention, Erkennung und Hilfe für Menschen in einer psychischen Notlage auszuarbeiten. Damit würde eine Grundlage geschaffen, allfällige Lücken in bestehenden Massnahmen zu identifizieren und konkrete Verbesserungen zu prüfen. Als SGPP und SMHC betonen wir seit langem: Die psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung stösst bereits heute vielerorts an ihre Grenzen. Fehlende Angebote und lange Wartezeiten erschweren den Zugang zu notwendiger Behandlung. Wir unterstützen dieses Postulat.

25.465 Pa. Iv. SGK-N. Befristete Verlängerung der Ausnahmen von der dreijährigen Tätigkeitspflicht gemäss Artikel 37 Absatz 1 KVG

SR, Dienstag, 15. September / NR, Montag, 21. September

Die aktuelle Regelung betreffend Ausnahmen von der dreijährigen Tätigkeitspflicht zu verlängern ist insbesondere bei einer nachgewiesenen Unterversorgung sinnvoll. Als Vertreterinnen und Vertreter der Schweizer Psychiatrie betonen wir allerdings: Die Ausweitung der Ausnahmeregelung auf dem Weiterbildungstitel «Psychiatrie und Psychotherapie» in der Erwachsenenpsychiatrie würde die psychiatrische Versorgung nicht verbessern, sondern deren Qualität gefährden und die knappen Behandlungskapazitäten empfindlich tangieren.

Wir bitten Sie, der SGK-S zu folgen und die Ausnahmeregelung nicht auf die Erwachsenenpsychiatrie und -psychotherapie auszuweiten. Bitte berücksichtigen Sie in Ihrer Beratung insbesondere Folgendes:

- Die Psychiatrische Versorgung erfordert vertiefte Kenntnisse des Schweizer Systems sowie sprachliche und kulturelle Integration – was durch eine dreijährige Tätigkeit in einer anerkannten schweizerischen Weiterbildungsstätte gewährleistet wird.
- Die Weiterbildung des Nachwuchses nicht gefährden: Psychiatrische Institutionen erfüllen einen zentralen Aus- und Weiterbildungsauftrag. Bereits heute fehlt es an ausgebildeten Fachärzt:innen – mit der Ausweitung der Ausnahmeregelung würden die Weiterbildungskapazitäten weiter reduziert, was nicht zuletzt die gesamte psychiatrische Versorgung schwächt.
- In den Kliniken würden die entsprechenden ärztlichen Ressourcen künftig fehlen und die Behandlungskapazitäten weiter verknappt. Die Wartezeiten stiegen an.
- Nicht an den eigentlichen Versorgungsproblemen vorbei legislieren: Weder der allgemeine Fachkräftemangel noch die regional ungleiche Verteilung psychiatrischer Leistungen würden durch die Ausweitung der Ausnahmeregelung behoben.

26.4054 Mo. SGK-S. KVG. Transparenz und Korrekturmassnahmen im Rahmen der Überwachung des neuen Tarifsystems

SR, Dienstag, 15. September

Das Anliegen der Motion nach mehr Transparenz und einem Monitoring über die Entwicklung des Leistungsvolumens und der Kosten im ambulanten medizinischen Bereich ist nachvollziehbar. Ein entsprechendes Monitoring ist jedoch bereits Bestandteil des vom Bundesrat genehmigten Gesamttarifpakets TARDOC/Ambulante Pauschalen und der damit verbundenen Vorgaben zur dynamischen Kostenneutralität. Dabei fliessen sowohl Abrechnungs- und Leistungsdaten der Versicherer als auch Daten der Ärzteschaft in das Monitoring der Tarifpartner ein.

Die politische Arbeitsgruppe Psychiatrie PAP (bestehend aus SGPP und SMHC) betont deshalb: Die Tarifpartner stellen dieses Monitoring und die geforderte Kostenneutralität bereits heute auf der Basis des Tarifvertrags mit ihren Instrumenten sicher. Eine zusätzlich gesetzlich verankerte Erhebung von weiteren Monitoringdaten würde der ambulanten psychiatrischen Versorgung erneut weiteren Administrationsaufwand auferlegen. Zudem wäre sicherzustellen, dass die Verwendung der Daten tatsächlich auch der Versorgungsverbesserung dient. Mit der dynamischen Kostenneutralität und den bereits vorgesehenen Korrekturmechanismen bestehen zudem bereits Instrumente zur Steuerung der Kostenentwicklung. Da derzeit gleichzeitig die Deckelung der täglichen Tardoc-Leistungen geplant und umzusetzen ist, wäre eine zusätzliche Regulierung zugunsten weiterer Monitoring-Massnahmen nicht sachdienlich und stellt für die Tarifpartner eine unnötige belastende Übersteuerung dar.

26.3740 Maillard Pierre-Yves. Die starken Krankenkassenprämien-Erhöhlungen dem Parlament vorlegen und dem fakultativen Referendum unterstellen

SR, Mittwoch, 30. September

Es ist unbestritten, dass steigende Krankenkassenprämien die Haushalte belasten. Indes ist der Prämienanstieg eine direkte Folge des wachsenden Leistungsvolumens und damit auch Ausdruck eines steigenden Bedarfs an medizinischem Angebot. Es ist nicht Aufgabe des Parlamentes und der Politik, die Höhe der Krankenversicherungsprämien zu bewilligen. Auch die Idee, diese sogar mittels fakultativen Referendums bestreiten zu können, ist nicht zielführend.

Einladung zum Sessionsanlass

«Psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung der Zukunft: Probleme, Planung, Politik»

Datum: Dienstag, 29. September 2026

Ort: Berner Generationenhaus, Bahnhofplatz 2, 3001 (Spittelsaal)

Zeit: 12.30 bis ca. 14.30 Uhr

Programm:

12.30 Uhr: Apéro und Lunch

13.30 Uhr: Keynotes und Diskussion

14.30 Uhr: Ende der Veranstaltung

Sehr geehrte Damen und Herren des National- und Ständerates

Wir freuen uns sehr, Sie am Dienstag, 29. September 2026, ab 12.30 Uhr im Berner Generationenhaus in Bern zum Sessionsanlass der Parlamentarischen Gruppe Psychische Gesundheit und Psychiatrie (PG PGP) einzuladen.

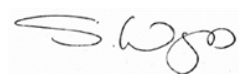
Die 2025 neu konstituierte PG PGP ist das Forum für den Informationsaustausch und das Networking zwischen Politik und Fachkreisen. Sie thematisiert die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen der psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung und fördert den Dialog zu Prävention und Früherkennung, zur Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen sowie zur Stärkung der psychischen Gesundheit in Bildung, Arbeitswelt und Gesellschaft.

Vor dem Hintergrund wachsender Anforderungen in der psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung sehen sich die Schweiz und ihre Gesundheitseinrichtungen zunehmend mit komplexen Herausforderungen konfrontiert. Welche Versorgungsprobleme bestehen heute? Wie kann die Versorgung insbesondere im stationären Bereich künftig geplant werden? Und welche gesundheitspolitischen Entwicklungen prägen die aktuelle Diskussion? Zwei Keynotes beleuchten diese Fragen aus unterschiedlichen Perspektiven:

- **Dr. med. Fulvia Rota**, Präsidentin der Schweizerischen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie (SGPP) und Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie, referiert zu «Psychiatrische Versorgung unter Druck – Weichenstellungen für eine zukunftsfähige Versorgung»
- **Prof. Dr. med. Matthias Jäger**, Stiftungsratspräsident der Schweizerischen Stiftung Pro Mente Sana und Direktor der Erwachsenenpsychiatrie der Psychiatrie Baselland, spricht zu «Gute Konzepte, überholte Strukturen – Warum die psychiatrische Versorgung eine politische Reformagenda braucht»

Wir freuen uns sehr, Sie an unserem Sessionsanlass begrüßen zu dürfen, und danken Ihnen für Ihre Anmeldung an politik@psychiatrie.ch.

Mit besten Grüßen



Sarah Wyss
Nationalrätin
Co-Präsidentin PG PGP



Josef Dittli
Ständerat
Co-Präsident PG PGP